

Stadt Braunschweig

Der Bezirksbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Stadtbezirksrates im Stadtbezirk 131

Sitzung: Dienstag, 17.04.2018

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:50 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Heike Zander - SPD

Mitglieder

Herr Maximilian Beyrich - CDU

Herr Philip Brakel - SPD

Herr Helge Böttcher - B90/GRÜNE

Herr Martin Bonneberg - PIRATEN

Frau Bärbel Hartmann - CDU

Herr Stefan Heikebrügge - Die PARTEI Niedersachsen

Herr Torsten Hinz - DIE LINKE.

Frau Romina Klippert - B90/GRÜNE

Herr Mathias Möller - FDP

Herr Michael Pahl - SPD

Frau Bärbel Reinert - SPD

Herr Gerrit Stühmeier - CDU

Herr Friedrich Walz - BIBS

weitere Mitglieder

Frau Anke Kaphammel - CDU

Verwaltung

Frau Grimm, FB 61 -

zu TOP 3.2 (Small Spaces, Anfragen)

Frau Gundula Schimanski-Zurek - Verwaltung

Abwesend

Mitglieder

Herr Richard Eberle - CDU

weitere Mitglieder

Herr Frank Flake - SPD
Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE
Frau Tanja Pantazis - SPD
Frau Anke Schneider - DIE LINKE.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13.02.2018
- 3 Mitteilungen
 - 3.1 Bezirksbürgermeister/in
 - 3.2 Verwaltung
 - 3.2.1 Alkoholverbot im Bereich der Bohlweg-Kolonnaden
 - 3.2.2 Schutzraumtradition in der Innenstadt
 - 3.2.3 Trinkwasser/Leitungswasser in der Innenstadt
 - 3.2.4 Zustand des Parkareals am Herzog-Anton-Ulrich-Museum
 - 3.2.5 Brunnenbeschriftung
 - 3.2.6 Mooswand auf dem Hagenmarkt
 - 4 Anträge
 - 4.1 Antrag zur künftigen Benennung der Burgpassage (SPD-Fraktion)
 - 4.2 Festschreibung von 20% Sozialanteil bei Wohnbauprojekten im Stadtbezirk Innenstadt (Gruppe Partei/Piraten)
 - 5 Verwendung von Haushaltsmitteln
 - 5.1 Zuschussantrag Kulturzelt Braunschweig e.V.
erneute Behandlung, Unterlagen liegen bereits vor.
 - 6 Anfragen
 - 6.1 Erweiterte Vorrangschaltung von Ampeln für Rettungsfahrzeuge (SPD + B90/Grüne)
 - 6.2 Zustand des Gebäudes Güldenstraße 5 (Gruppe Partei/Piraten)

- 6.2.1 Zustand des Gebäudes Güldenstraße 5
- 6.3 Anfrage zur Parkplatzsituation für Lehrkräfte an der GS Klint (Gruppe Partei/Piraten)
- 6.4 Information und Dokumentation in Angelegenheiten des Stadtbezirksrates (Gruppe Partei/Piraten)
- 6.4.1 Information und Dokumentation in Angelegenheiten des Stadtbezirksrates
- 7 Projekt "Stolpersteine 2018"
- 8 Vorschlagsliste zur Wahl der Schöfinnen und Schöffen am Amts- und Landgericht für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023
Auf die Kennzeichnung "nicht-öffentliche" bei den angehängten Dateien wird ausdrücklich hingewiesen!

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Frau Bezirksbürgermeisterin Zander eröffnet nach Durchführung der Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Entschuldigt fehlt Herr Eberle. Anschließend bittet sie um Abstimmung über die vorliegende Tagesordnung.

Herr Walz meldet sich zu Wort und beantragt die Aufnahme eines Dringlichkeitsantrages in die Tagesordnung. Demnach möge der Stadtbezirksrat beschließen, das im Umbau befindliche ehemalige City-Point-Gebäude „Robert-Schuman-Quartier“ zu benennen. Herr Walz begründet seinen Antrag damit, dass der in der Presse kommunizierte neue Name „Konrad-Koch-Quartier“ (Ergebnis eines Wettbewerbs zur Namensfindung) nicht angemessen wäre. Robert Schumann war ein französischer Staatsmann mit ursprünglich deutscher Staatsbürgerschaft. Herr Walz vertritt die Auffassung, dass der Stadtbezirksrat in dieser Angelegenheit ein Entscheidungsrecht entsprechend der gesetzlichen Vorgaben hat.

Die Verwaltung teilt hierzu mit, dass sich die Zuständigkeit der Bezirksräte bei der Benennung und Umbenennung lt. § 93 NKomVG auf Straßen, Wege und Plätze bezieht, die ausschließlich im Stadtbezirk gelegen sind. Diese Kompetenz bezieht sich nicht auf Gebäude. Der fragliche Gebäudekomplex steht zudem im Fremdeigentum. Inhaberin ist eine Investmentgesellschaft, die einen Wettbewerb zur Namensfindung ausgeschrieben hatte. Der Stadtbezirksrat hat keine rechtliche Möglichkeit, das Ergebnis des Wettbewerbs aufzuheben bzw. eine andere Namensgebung zu beschließen.

Zudem bestehen Zweifel an der Eilbedürftigkeit des Antrages. Die Umbenennung in Konrad-Koch-Quartier ist bereits am 7. März 2018 in der Braunschweiger Zeitung kommuniziert worden und war in der Folge häufig medialer Diskussionsgegenstand. Somit wäre es möglich gewesen, einen regulären Antrag unabhängig von Zuständigkeitswägungen innerhalb der von der Geschäftsordnung vorgeschriebenen Fristen zur heutigen Sitzung einzureichen.

Herr Walz verweist in diesem Zusammenhang auf die aus seiner Sicht unzulängliche Informationsstrategie der Stadt. Er habe von der Verwaltung erwartet, über das Umbauprojekt wie auch über den Wettbewerb als Bezirksratsmitglied informiert zu werden. Es sei ihm nicht zuzumuten, kontinuierlich Presseveröffentlichungen zu verfolgen oder im Internet zu surfen.

Herr Walz verweist hinsichtlich der vermeintlichen Zuständigkeit des Stadtbezirksrates auf den Namensbestandteil „Quartier“, der s. E. untypisch für ein Gebäude sei. Der Begriff des Quartiers stellt seiner Interpretation nach eine örtliche Umschreibung dar, insofern sei der Bezirksrat hier ebenso zuständig wie für die Benennung von Straßen und Plätzen. Dass das Gebäude im Privateigentum steht, sei aus seiner Sicht zu vernachlässigen. Den Namensgeber Konrad Koch lehnt er aus grundsätzlichen Erwägungen ab. Er hält seinen Antrag aufrecht.

Frau Bezirksbürgermeisterin Zander stellt den o. a. Dringlichkeitsantrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 2 dafür 10 dagegen 2 Enthaltungen

Die Tagesordnung bleibt somit unverändert.

Herr Heikebrügge teilt mit, dass er an den Abstimmungen zu den Tagesordnungspunkten 8 und 10 unter Berücksichtigung des § 41 NKomVG (Mitwirkungsverbot) nicht teilnehmen wird. Herr Bonneberg und Frau Reinert schließen sich an.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13.02.2018

Es liegen keine Änderungen oder Ergänzungen vor.

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 13. Februar 2018 wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

11 dafür 2 dagegen 1 Enthaltung

3. Mitteilungen

3.1. Bezirksbürgermeister/in

Frau Zander hat an folgenden Veranstaltungen teilgenommen bzw. nachfolgend genannte Termine wahrgenommen:

- 16. Februar und 16. März 2018
Teilnahme im Rahmen der Ausstellung „1916 - Uns geht's noch gut“ Führung und Vortrag über das Dreiklassenwahlrecht von Frau Dr. Axmann im Altstadtrathaus.). Frau Ratsfrau Pantazis übernahm die Führung und Darstellung der Arbeit des Rates der Stadt. Frau Zander stellte die Historie und jetzige Funktion des Stadtbezirksrates dar.
- 19. Februar 2018
Teilnahme Kranzniederlegung 73. Geburtstag Dr. Heinrich Jasper
- 20. Februar 2018
Finissage der Ausstellung „Weltblick“ im Städtischen Museum und im Anschluss Ehrung der Ehrenamtlichen der Stadt Braunschweig durch Frau Dr. Hesse
- 27. Februar 2018
Präsentation Stolpersteine im Roten Saal
(ebenfalls anwesend: Herr Pahl, Herr Böttcher, Herr Stühmeier)

- 1. März 2018
Ehrung anl. eines 95. Geburtstages
- 12. März 2018
Ehrung anl. eines 60. Hochzeitstages
- 7. März 2018
Einladung Kirchengemeinden St. Katharinen und St. Magni mit Vortrag des Stadtteilheimatpflegers Elmar Arnhold „Hagenmarkt - ein Stadtplatz im Wandel der Jahrhunderte“ (ebenfalls anwesend: Herr Pahl, Herr Walz)
- 14. März 2018
Ausstellungseröffnung „Philibert und Fifi“ - Karikaturen des Philibert Charrin (Wanderausstellung des NS Dokumentationszentrums der Stadt Köln. Die Karikaturen entstanden im Fremdarbeiterlager.)
- Diverse Vorträge im Rahmen der Ausstellung „1916 - Uns geht's noch gut“
- 7. April 2018
Teilnahme „Demo gegen Rechts“
- 8. April 2018
Finissage der Ausstellung 1916
(Es erfolgte ein „roter Faden“ für die geplante große Ausstellung „Braunschweig 1918“ im Oktober 2018 im Museum am Löwenwall.)
- 11. April 2018
Konferenz der Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister im Bürgermeisterzimmer des Altstadtrathauses
Frau Zander gibt einen kurzen Überblick zu den behandelten Themen. Die meisten Tagesordnungspunkte betrafen die peripheren Stadtbezirke. Einer Meinungsfindung über mögliche künftige Vorschläge ihrerseits für die Tagesordnung steht Frau Zander aufgeschlossen gegenüber.
- Die aus bezirklichen Mitteln finanzierte Nestkorbschaukel in der Grundschule Klint soll demnächst eingeweiht werden. Frau Zander erwartet in Kürze eine entsprechende Einladung.
- Am 20. April findet der Besichtigungstermin in der Lebenshilfe statt. Die Teilnahme ist interessierten Bezirksratsmitgliedern freigestellt.
- In Planung befindet sich ein Stadtrundgang für Rollstuhlfahrerinnen und –fahrer. Der Kontakt entstand über Frau Klippert. Frau Klippert weist darauf hin, dass sich das Vorhaben noch etwas verzögert. Sie kommt wieder auf Frau Zander zu.

Im Anschluss an die Mitteilungen der Bezirksbürgermeisterin gibt Herr Bonneberg einen gestrafften Bericht über seine Erfahrungen im Rahmen der Evakuierung während der Bombenräumung am 11. April ab. Er bewertet die Organisation als gut und seine persönliche Erfahrungen als positiv.

3.2. Verwaltung

- Frau Zander begrüßt für den Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz Frau Grimm. Bis zur heutigen Sitzung waren drei Anfragen zu dem Projekt „Small Spaces“ nicht

schriftlich beantwortet worden. Frau Grimm ist daher persönlich in der Sitzung anwesend und verliest die Stellungnahmen im Wortlaut (Anmerkung der Verwaltung: Am Tag nach der Sitzung wurden die Stellungnahmen im ALLRIS-System freigegeben und den Bezirksratsmitgliedern zur Verfügung gestellt. Auf eine wörtliche Rekapitulation wird daher im Rahmen des Protokolls verzichtet.) Frau Grimm weist darauf hin, dass es sich bei den Small Spaces um Studentenentwürfe handelt, die mit der Themenstellung, verlorene Orte wiederzubeleben, kreiert wurden. Im Regelfall werden die Rahmenbedingungen von den Studentinnen und Studenten bei der Entwicklung ihrer Entwürfe nur am Rande betrachtet bzw. bewertet. Die Verlegung von Straßenbahntrassen, die in der Praxis einen großen Aufwand in jeglicher Hinsicht bedeutet, stellt z. B. in der Entwurfsphase kein Hindernis dar. Mehrere Stadtbezirksratsmitglieder regen an, zur besseren Verwertbarkeit der Entwürfe die Herangehensweise mit der Universität neu abzustecken. Darüber hinaus erscheint es sinnvoll, eine Vernetzungsstelle im Stadtmarketing für die Kooperation mit der TU zu schaffen, um somit die Kommunikation zu optimieren.

- DS 18-07616 - nichtöffentliche Mitteilung außerhalb von Sitzungen

Die Mitglieder des Stadtbezirksrates wurden am 27. Februar 2018 informiert.

- DS 18-07723 - nichtöffentliche Mitteilung außerhalb von Sitzungen

Die Mitglieder des Stadtbezirksrates wurden am 20. März 2018 informiert.

- DS 18-07663 - Sanierung der Brunnenanlage auf dem Kohlmarkt vom 3. bis 20. April 2018

Die Mitglieder des Stadtbezirksrates wurden am 27. März 2018 informiert.

- DS 18-07849 - nichtöffentliche Mitteilung außerhalb von Sitzungen

Die Mitglieder des Stadtbezirksrates wurden am 28. März 2018 informiert.

- Am 13. Februar 2018 haben die Bezirksratsmitglieder die öffentliche Mitteilung zu den Small Spaces/Poket Parks an den Planungs- und Umweltausschuss erhalten.
- Am 5. März 2018 haben die Bezirksratsmitglieder eine Mitteilung des Fachbereichs Stadtgrün und Sport zu erforderlichen Arbeiten im Stadtgrün aufgrund des Sturms Xavier (Baumfällungen) erhalten.
- Der Fachbereich Tiefbau und Verkehr hat infolge einer Anwohnerbeschwerde (Verkehrssituation Ferdinandstraße) am 8. März 2018 eine Mitteilung an die Bezirksbürgermeisterin geschickt. Frau Zander informiert darüber, dass ihr mittlerweile eine Rückantwort vorliegt; die Angelegenheit konnte noch nicht abschließend ausgeräumt werden.
- Die Stadtbezirksratsmitglieder haben am 16. Februar 2018 die neueste Ausgabe des Handbuch- und Fernsprechverzeichnisses der Stadtverwaltung (sogenanntes rotes Telefonbuch) erhalten.

3.2.1. Alkoholverbot im Bereich der Bohlweg-Kolonnaden

18-07699

Die Mitteilung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.2.2. Schutzraumtradition in der Innenstadt

17-05879-02

Herr Bonneberg stellt eine ergänzende Frage:

"Welche Konzepte zur Bereitstellung öffentlich zugänglicher Schutzräume verfolgt die Stadt zur Zeit im Bereich der Innenstadt? Sofern keine eigenen Konzepte existieren: welche Konzepte sind der Verwaltung bekannt?"

Herr Walz erkundigt sich, ob der Bunker Kaiserstraße für Evakuierungszwecke genutzt werden kann.

3.2.3. Trinkwasser/Leitungswasser in der Innenstadt **17-05395-02**

Herr Beyrich hatte sich bereits vor der Sitzung für die ausführliche und fundierte Stellungnahme der Verwaltung bedankt.

3.2.4. Zustand des Parkareals am Herzog-Anton-Ulrich-Museum **17-05340-01**

Der Stadtbezirksrat bittet darum, zeitnah über die Ergebnisse der Gespräche mit dem Staatlichen Baumanagement informiert zu werden.

3.2.5. Brunnenbeschriftung **18-07001-02**

Mehrere Stadtbezirksratsmitglieder äußern ihr Bedauern darüber, dass das Angebot des Gremiums, sich ggf. mit bezirklichen Mitteln an einer adäquaten Beschriftung von Brunnen zu beteiligen, nicht aufgegriffen oder inhaltlich tiefgehender diskutiert wird.

3.2.6. Mooswand auf dem Hagenmarkt **17-05870-01**

Herrn Walz missfällt die gegebene Antwort. Die Möglichkeit einer vorübergehenden Aufstellung auf dem Hagenmarkt wurde überhaupt nicht in Betracht gezogen.

4. Anträge

4.1. Antrag zur künftigen Benennung der Burgpassage (SPD-Fraktion) **18-07885**

Der Antrag wird begründet durch Frau Bezirksbürgermeisterin Zander. Sie legt Wert auf die Feststellung, dass der Stadtbezirksrat sich frühzeitig in den Prozess der Namensgebung einbringen möchte und daher bereits zu einem Zeitpunkt, zu dem die Umbauphase noch nicht begonnen hat, einen entsprechenden Antrag einbringt.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass noch nicht feststeht, ob es sich um eine gewidmete Straße handelt und somit der Antrag ggf. keine Wirkung entfalten könnte.

Die überwiegende Meinung im Stadtbezirksrat besteht darin, dass ein entsprechender Antrag zumindest unschädlich sei und ein deutliches Signal seitens des Stadtbezirksrates darstelle.

Frau Zander begründet die Wahl des Wortbestandteils "Twete". Dies sei eine braunschweig-typische Besonderheit. "Gasse" sei hier wenig gebräuchlich, "Twete" ist häufig anzutreffen (Lindentwete, Kaffeetwete, Herendorftwete etc). Die überwiegende Zahl der Bezirksratsmitglieder verständigt sich darauf, die Variante "Am Burgmühlengraben" nicht mehr im Antrag zu belassen sondern sich auf den Namen "Burgtwete" zu fokussieren.

Herr Heikebrügge stellt in diesem Zusammenhang einen Änderungsantrag:

Der durch die umgestaltete Burgpassage führende Straßenzug soll künftig den Namen "Martin-Sonneborn-Twete" erhalten.

Abstimmungsergebnis:

2 dafür 1 Enthaltung 11 dagegen

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Beschluss:

(geändert):

Der Stadtbezirksrat Innenstadt schlägt vor, die bald umgestaltete Burgpassage, in „Burgtweite“ oder „Am Burgmühlengräben“ zu benennen.

Mit der Umbenennung, nach dem Umbau, soll ein historischer Bezug zur Stadt gefunden werden.

Abstimmungsergebnis:

9 dafür 4 dagegen 1 Enthaltung

**4.2. Festschreibung von 20% Sozialanteil bei Wohnbauprojekten im
Stadtbezirk Innenstadt (Gruppe Partei/Piraten)**

18-07355

Herr Bonneberg begründet den Antrag schwerpunktmäßig, indem er aus der Vorlage zitiert. Er legt ausdrücklichen Wert auf die Feststellung, dass die Bürgerinnen und Bürger im Stadtbezirk ein Signal erhalten sollten, der Bezirksrat Innenstadt setze sich für die Belange auch und gerade der finanziell schwächer Gestellten ein.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass der Stadtbezirksrat keine Kompetenz hat, den Rat zu einer bestimmten Beschlussfassung aufzufordern.

Herr Heikebrügge regt an, diese Wortwahl dahingehend zu nivellieren, indem beantragt wird, dass der "Rat gebeten wird", den genannten Beschluss zu fassen. Dies wird vom Antragsteller befürwortet.

Frau Kaphammel weist auf die bestehende Beschlusslage im Rat hin. Sie stellt darüber hin aus in Frage, warum die Landesregierung aufgefordert werden sollte, sich an den eigenen Koalitionsvertrag zu halten. Der im Antrag beschriebene Weg sei aus ihrer Sicht eine Sackgasse. Diese Angelegenheit sei nicht im Stadtbezirksrat anzusiedeln.

Herr Möller bewertet den Antrag unabhängig von den von Frau Kaphammel vorgetragenen und aus seiner Sicht zutreffenden Argumenten als unverständlich. Die damit erhoffte Botschaft an die Bürgerinnen und Bürger der Innenstadt wird aus seiner Sicht ihr Ziel verfehlen.

Herr Brakel stellt fest, dass die überwiegende Zahl der Bezirksratsmitglieder die Forderung nach bezahlbarem Wohnraum unterstützt. Diese ist jedoch nicht auf den Stadtbezirk Innenstadt zu beschränken sondern wirkt sich in größeren Dimensionen aus.

Im Verlauf der sich argumentativ nunmehr wiederholenden Diskussion stellen Herr Brakel, Frau Klippert und Herr Beyrich den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Rednerliste. Nachdem die noch angemeldeten Wortbeiträge angehört wurden, erübrigt sich eine Abstimmung über diesen Antrag.

Beschluss:

Der Stadtbezirksrat möge wie folgt beschließen:

Der Rat der Stadt Braunschweig wird aufgefordert gebeten zu beschließen, dass die Kommune unverzüglich einen Antrag an die niedersächsische Landesregierung bzw. an die für die Umsetzung der Sozialwohnungsbauquotenfestschreibung zuständige Stelle auf Festschreibung einer verbindlichen Quote von 20% Sozialwohnungsbauanteil bei künftigen Wohnbauprojekten im Bereich des Stadtbezirks Innenstadt stellt.

Abstimmungsergebnis:

5. Verwendung von Haushaltsmitteln

5.1. Zuschussantrag Kulturzelt Braunschweig e.V. erneute Behandlung, Unterlagen liegen bereits vor.

In der vorangehenden Sitzung wurde der Zuschussantrag des Vereins Kulturzelt Braunschweig e. V. in Zusammenhang mit dem Straßenmusikfestival Buskers Braunschweig am 16. und 17. Juni 2018 zurückgestellt. In der heutigen Sitzung ist die Projektleiterin, Frau Gabel, anwesend.

Die Bezirksbürgermeisterin unterbricht die Sitzung, um Frau Gabel einerseits die Möglichkeit zu geben, das Projekt nochmals vorzustellen und andererseits auch mit dem Ziel, Rückfragen aus dem Kreis der Stadtbezirksratsmitglieder direkt an die Projektleiterin zu ermöglichen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung bleibt lt. Herrn Beyrich festzuhalten, dass die Veranstaltung auch dann stattfinden würde, wenn der Stadtbezirksrat den Zuschussantrag nicht beschließt. Auf der Ausgabenseite des Veranstalters stehen Personal- und Fahrtkosten, Übernachtungs- und Verpflegungskosten, Bühnenanmietung und vergleichbare Nebenkosten. Frau Gabel hatte die Frage nach dem Gewinnstreben dieser Veranstaltung verneint und herausgestellt, dass dem Verein Kulturzelt e. V. daran gelegen ist, einen Beitrag zur Belebung der Innenstadt zu leisten. Frau Kaphammel stellt fest, dass die Aussage von Frau Gabel, es würden keine Erträge erwirtschaftet, so nicht stehen bleiben kann. Der Verein Kulturzelt e. V. muss für Sach- und Personalkosten aufkommen. Somit müssen diese auch im Rahmen dieser Veranstaltung erwirtschaftet werden.

Festzuhalten bleibt ferner die Information von Frau Gabel, dass Reisekosten für Bands, die z. B. aus Übersee kommen, nur zu einem kleinen Teil übernommen werden, da sich die Bands im Regelfall auf Europa- oder Deutschlandtournee befinden und somit maximal inner-europäische Anreisekosten getragen werden.

Herr Brakel weist auf den kulturellen Gewinn der Innenstadt durch die Veranstaltung hin. Frau Reinert bewertet das Straßenmusikfestival als Vorzeigeprojekt. Herr Böttcher ergänzt, dass die finanzielle Situation des Stadtbezirksrates die Zuschussgewährung durchaus zulässt.

Auf Nachfrage von Herrn Möller teilt die Verwaltung mit, dass der Zuschussempfänger verpflichtet ist, einen Verwendungsnachweis beizubringen, der über die Einnahmen und Ausgaben belastbare Informationen liefert. Bei den Zuschüssen handelt es sich in jedem Fall um eine Fehlbetragsfinanzierung. Sollten Einnahmen in einer Höhe generiert werden, die die Verwendung des Zuschusses im rechnerischen Ergebnis obsolet machen, kann der Zuschuss ganz oder teilweise auch zurückgefordert werden. Der Stadtbezirksrat bittet darum, zu gegebener Zeit bei positiver Beschlussfassung entsprechend informiert zu werden. Die Verwaltung sagt dies zu.

Beschluss:

„Dem Verein Kulturzelt Braunschweig e. V., Frankfurter Straße 3 A, 38122 Braunschweig, vertreten durch Frau Amelie Gabel, wird zur Förderung des Straßenmusikfestivals Buskers Braunschweig am 16. und 17. Juni 2018 in der Braunschweiger Innenstadt ein Zuschuss (Fehlbetragsfinanzierung) in Höhe von 2.000 Euro gewährt.

Der Zuschuss ist zweckgebunden für Aufwendungen im Zusammenhang mit der Planung und Durchführung der Veranstaltung. Eine Rückforderung für den Fall der Generierung von Drittmitteln über die im Kosten- und Finanzierungsplan genannten Summen hinaus bleibt ausdrücklich vorbehalten. Die Gewährung des Zuschusses steht unter dem Vorbehalt des

Inkrafttretens des Haushalts 2018 und kann frühestens vier Wochen nach Bekanntgabe des Bescheides schriftlich (auch per E-Mail) bei der Bezirksgeschäftsstelle Mitte angefordert werden.

Abstimmungsergebnis:

8 dafür 6 dagegen 0 Enthaltungen

6. Anfragen

6.1. Erweiterte Vorrangschaltung von Ampeln für Rettungsfahrzeuge (SPD + B90/Grüne) 18-07608

Eine Stellungnahme liegt zur heutigen Sitzung nicht vor.

6.2. Zustand des Gebäudes Güldenstraße 5 (Gruppe Partei/Piraten) 18-07679

6.2.1. Zustand des Gebäudes Güldenstraße 5 18-07679-01

Die Stellungnahme wird verlesen und zur Kenntnis genommen.

6.3. Anfrage zur Parkplatzsituation für Lehrkräfte an der GS Klint (Gruppe Partei/Piraten) 18-07516

Eine Stellungnahme liegt zur heutigen Sitzung nicht vor.

6.4. Information und Dokumentation in Angelegenheiten des Stadtbezirksrates (Gruppe Partei/Piraten) 18-07694

6.4.1. Information und Dokumentation in Angelegenheiten des Stadtbezirksrates 18-07694-01

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Herr Heikebrügge weist in diesem Zusammenhang auf die Ausführungen in der Kommentierung zum Niedersächsischen Kommunalverfassungsrecht von Blum/Häusler/Meyer zu diesem Punkt hin.

Zudem sei der von der Verwaltung zitierte § 85, in dem die Informationspflichten der Verwaltung festgelegt sind, nicht unumstritten und aus seiner Sicht (Zitat) "eine Wundertüte".

7. Projekt "Stolpersteine 2018" 18-07912

Frau Bezirksbürgermeisterin Zander weist grundsätzlich auf die Informationsveranstaltungen im Vorfeld der Verlegungen sowie auf die Verlegungszeremonien selbst hin.

Beschluss:

Der Verlegung sogenannter Stolpersteine des Künstlers Gunter Demnig im öffentlichen Straßenraum vor dem in der Vorlage bezeichneten Grundstück wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

12 dafür 0 dagegen 2 Enthaltungen

8. Vorschlagsliste zur Wahl der Schöfinnen und Schöffen am Amts- und Landgericht für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023 Auf die Kennzeichnung "nicht-öffentliche" bei den angehängten Dateien wird ausdrücklich hingewiesen! 18-06585

Frau Reinert, Herr Heikebrügge und Herr Bonneberg verlassen beim Aufruf des Tagesordnungspunktes den Sitzungssaal.

Herr Böttcher bittet darum, den TOP im nicht-öffentlichen Teil zu behandeln.

Frau Zander schließt den öffentlichen Sitzungsteil, bedankt sich bei den noch anwesenden Gästen und stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Zander
Bezirksbürgermeisterin

Schimanski-Zurek
Bezirksgeschäftsstelle Mitte